Beilage 902

Der Bayerische Ministerpräsident.

An den

Herrn Präsidenten des Bayerischen Landtags.

Betreff:
Gesetz über die staatliche
Rechnungsprüfung in Bayern.

Auf Grund Ministerratsbeschlusses vom 15. November 1947 übersende ich die Abänderungs- und Ergänzungsanträge zu dem mit Schreiben vom 19. Mai 1947 in Vorlage gebrachten Entwurf des oben bezeichneten Gesetzes.

Ich ersuche um weitere verfassungsmäßige Behandlung.

München, den 1. Dezember 1947.

(gez.) Dr. Chard,

Bayerischer Ministerpräsident.

Abänderungs- und Ergänzungsanträge

zum Entwurf eines Gesetzes über die staatliche Rechnungsprüfung in Bayern.

Im Entwurf eines Gesetzes über die staatliche Rechnungsprüfung in Bayern (Landtagsdrucksache Beilage 491) erhalten die nachstehend aufgeführten Paragraphen folgende Fassung:

§ 23

- (1) (bleibt).
- (2) (bleibt).

(3) Der Präsident wird auf Vorschlag des Staatsministers der Finanzen, der Vizepräsident und die Mitglieder des Obersten Rechnungshofs werden auf Vorschlag des Staatsministers der Finanzen und des Präsidenten des Obersten Rechnungshofs von der Staatsregierung ernannt. Vor Ernennung eines Mitglieds ist das Kollegium des Obersten Rechnungshofs zu hören. Die übrigen Beamten des Obersten Rechnungshofs ernannt der Präsident.

§ 26

Auf die dienstliche Bestrafung der gemäß § 25 unabhängigen Beamten des Obersten Rechnungshofs finden die für die Mitglieder der obersten Gerichte geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung.

§ 29

(1) Der Präsident leitet und beaufsichtigt die gesamte Tätigkeit des Obersten Rechnungshofs; ihm obliegt die Führung der Verwaltung, die Verteilung der Geschäfte innerhalb des Obersten Rechnungshofs nach Maßgabe des Abs. 2 und dessen Vertretung nach außen sowie die Aufsicht über die Rechnungsprüfungsämter in Prüfungsangelegenheiten.

(2) Die Verteilung der Geschäfte erfolgt jeweils für die Dauer eines Jahres unter Mitwirkung des Vizepräsidenten und des dienstältesten Mitglieds, bei Verhinderung des Vizepräsidenten unter Mitwirkung der zwei dienstältesten Mitglieder. Änderungen während des Jahres sind nur bei Vorliegen zwingender Gründe zulässig.

- (3) (bisher 2).
- (4) (bisher 3).

§ 30

In Abs. 1 Satz 2 sind die Worte „und der Rechnungsprüfungsämter“ zu streichen.

§ 34

Die Geschäftsordnung für den Obersten Rechnungshof erläßt der Präsident unter Mitwirkung des Vizepräsidenten und des dienstältesten Mitglieds, bei Verhinderung des Vizepräsidenten unter Mitwirkung der zwei dienstältesten Mitglieder. Sie ist der Staatsregierung und dem Landtag mitzuteilen.

§ 35

(1) Die Rechnungsprüfungsämter sind Behörden der allgemeinen Finanzverwaltung. In ihrer Prüfungstätigkeit sind die Rechnungsprüfungsämter der Verwaltung gegenüber unabhängig und nur an die Weisungen des Obersten Rechnungshofs gebunden. In die Verwaltungstätigkeit und Geschäftsführung der Behörden dürfen sie bei ihrer Prüfungstätigkeit nicht eingreifen.

(2) Das Staatsministerium der Finanzen kann den Rechnungsprüfungsämtern im Benehmen mit dem Präsidenten des Obersten Rechnungshofs bestimmte Verwaltungsaufgaben übertragen.

Begründung zu § 35

Das in § 5 vorgesehene bewegliche Verfahren der Rechnungsprüfung läßt sich nur durchführen, wenn die Rechnungsprüfungsämter in ihrer Prüfungstätigkeit dem Obersten Rechnungshof unterstellt sind. Da sie weitgehend abschließend prüfen sollen, muß ihre absolute Unabhängigkeit von der Verwaltung in Prüfungsangelegenheiten gewährleistet sein. Personell und haushaltsmäßig werden sie dem Finanzministerium unterstellt sein. Sie werden den Finanzmittelstellen angegliedert.

§ 36

(1) Als Rechnungsprüfungsamt für die Staatsministerien und die diesen unmittelbar nachgeordneten Verwaltungsbehörden und Betriebe des Staates, für die die Staatshauptkasse die Kassengeschäfte besorgt oder deren Amtskassen mit der Staatshauptkasse oder mit der Hauptkasse der Verwaltung der Staatlichen Schlösser, Gärten und Seen unmittelbar abrechnen, wird die Bayerische Rechnungskammer unter Beibehaltung ihrer bisherigen Bezeichnung bestimmt.

(2) Weitere Rechnungsprüfungsämter werden bei den Finanzmittelstellen am Sitz der Regierungspräsidenten errichtet. Sie führen neben der Bezeichnung der Finanzmittelstelle die Bezeichnung „Bayerisches Rechnungsprüfungsamt“ unter Beifügung des Ortes, an dem sie ihren Sitz haben.

(3) Soweit die Vereinfachung des Geschäftsganges es erfordert, können am Sitz der Oberfinanzkassen und der Oberjustizkassen vom Staatsministerium der Finanzen nach Benehmen mit dem zuständigen Staatsministerium und im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Obersten Rechnungshofs Zweigstellen der Rechnungsprüfungsämter eingerichtet werden.

(4) (anzufügen). Die Anordnungen ergehen im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen.

Begründung zu § 36

Die Bayerische Rechnungskammer soll ohne örtliche Beschränkung im gleichen Umfang als Rechnungsprüfungsamt zuständig sein, wie sie es bisher als Vorprüfungsstelle war. Ihre bisherige Bezeichnung soll sie aus traditionellen Gründen behalten.

Für die höheren Landesbehörden (einschl. der vormaligen höheren Reichsbehörden) und die diesen nachgeordneten Behörden und Stellen sollen Rechnungsprüfungsämter bei den Finanzmittelstellen am Sitz der Regierungspräsidenten errichtet werden, weil die Masse des Prüfungsstoffs bei den Regierungshauptkassen anfällt. Absatz 3 sieht die Möglichkeit der Einrichtung von Zweigstellen der Rechnungsprüfungsämter bei den örtlich getrennten größeren Kassen (Oberfinanz- und Oberjustizkassen) vor, wenn es die Vereinfachung des Geschäftsganges erfordert.

§ 37

(1) (bleibt).

(2) Die Ernennung, Beförderung und Versetzung der Beamten der Rechnungsprüfungsämter verfügt das Staatsministerium der Finanzen im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Obersten Rechnungshofs.

(3) (letzter Satz). Die Staatsministerien stellen dem Staatsministerium der Finanzen auf Ansuchen für den Prüfungsdienst geeignete Beamte ihres Geschäftsbereichs zur Verfügung.

§ 38

Die Geschäftsordnung für die Rechnungsprüfungsämter erläßt der Präsident des Obersten Rechnungshofs im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen.

§ 40

Wird gestrichen.